

Eingangsstempel
-----------------

Antragsteller (Name, Vorname, Firma)	
Straße, Haus-Nr.	
PLZ, Wohnort	
Telefon (mit Vorwahl)	Telefax (mit Vorwahl)
eMail	

▽ An : (Straßenverkehrsbehörde)

## Antrag

auf Anordnung verkehrsregelnder Maßnahmen  
nach § 45 Abs. 6 StVO; Arbeiten im Straßenraum

Die o.g. Firma / Frau / Herr
------------------------------

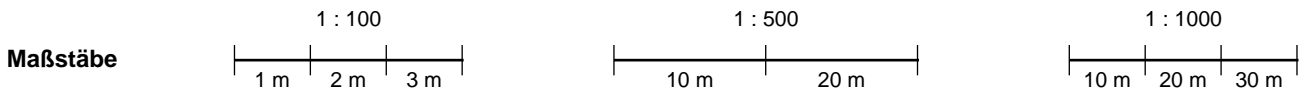
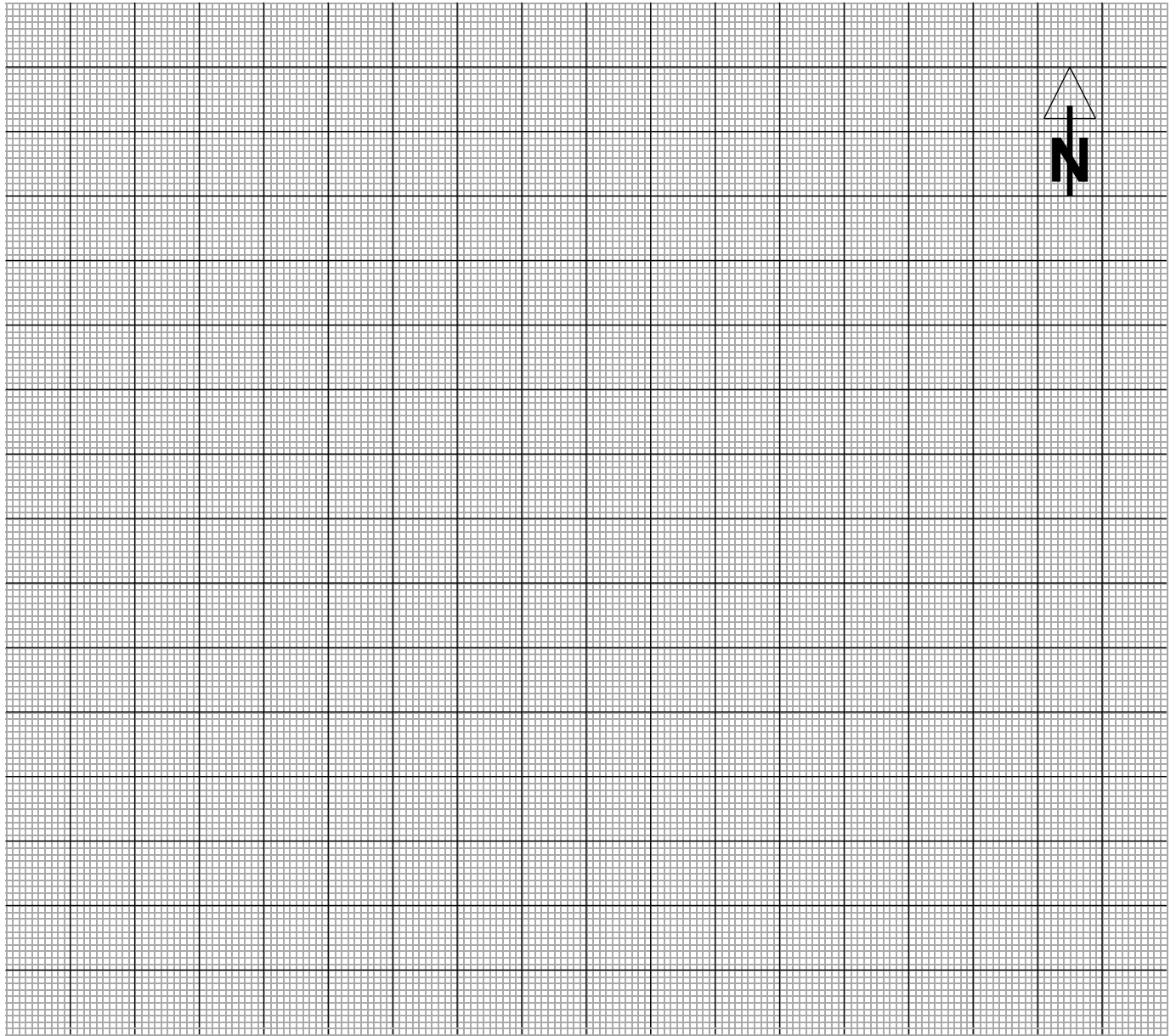
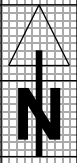
beantragt gemäß beigefügtem Lage-/Verkehrszeichenplan gemäß beigefügtem Regelplan innerorts / außerorts ohne Vorlage eines Verkehrszeichenplanes  
**den Erlass einer verkehrsrechtlichen Anordnung zur Durchführung folgender Arbeiten im Straßenraum:**

Grund der Verkehrsbeschränkung (z. B. Kanalbaumaßnahme)	
Art der Verkehrsbeschränkung (z. B. halbseitige Sperrung)	
Ort der Verkehrsbeschränkung (Straßenbezeichnung, Hausnummer, Streckenbezeichnung, Streckenlänge)	
Voraussichtliche Dauer der Maßnahme	Beginn: _____ Ende: _____
Umleitungsstrecke	
Sondernutzung	Eine Erlaubnis des zuständigen Trägers der Straßenbaulast wurde beantragt _____ liegt vor _____ liegt nicht vor ist nicht erforderlich

### Erklärung:

Es wird hiermit erklärt, dass der Antragsteller die Verantwortung für die ordnungsgemäße Aufstellung der Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen sowie deren Beleuchtung übernimmt und die dafür entstehenden Kosten trägt. Ereignen sich Unfälle, die durch diese Maßnahmen bedingt sind oder mit ihnen in ursächlichem Zusammenhang stehen, so wird die Haftung gegenüber dem jeweiligen Träger der Straßenbaulast im vollen Umfang übernommen.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------



**Nicht vom Antragsteller auszufüllen:**

**I. Gegen Rückleitung an:**

**Polizeiinspektion**

**Straßenbaubehörde**

Ort, Datum

Unterschrift

Raum für Stellungnahme

**II.** Verkehrsrechtliche Anordnung mit Bescheid vom \_\_\_\_\_ erteilt.

**III.** Kostenentscheidung: Gem. §§ 1, 2 und 4 der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr i. V. mit Nr. 261 des  
Gebührentarifs wurde eine Gebühr von \_\_\_\_\_ festgesetzt. Die Auslagen betragen \_\_\_\_\_.

Ort, Datum

Unterschrift

## **Informationen zur Erhebung von personenbezogenen Daten nach Art. 13 DSGVO**

1. Die Datenschutzhinweise erfolgen im Zusammenhang mit Ihrem Antrag auf Anordnung verkehrsregelnder Maßnahmen für Arbeiten im Straßenraum.
2. Verantwortlich für die Datenerhebung ist die Gemeinde Sauerlach, Bahnhofstraße 1, 82054 Sauerlach, E-Mail: [gemeinde.sauerlach@sauerlach.bayern.de](mailto:gemeinde.sauerlach@sauerlach.bayern.de), Tel.: (08104) 66 46-0.
3. Der Datenschutzbeauftragte der Gemeinde Sauerlach:  
Datenschutzbeauftragter Gemeinde Sauerlach  
Bahnhofstraße 1, 82054 Sauerlach,  
E-Mail: [gemeinde.sauerlach@sauerlach.bayern.de](mailto:gemeinde.sauerlach@sauerlach.bayern.de), Tel.: (08104) 66 46-15.
4. a) Ihre Daten werden zur Durchführung des Erlaubnisverfahrens erhoben.  
  
b) Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO in Verbindung mit § 45 Abs. 6 StVO verarbeitet.
5. Ihre personenbezogenen Daten werden intern verwendet und an Öffentliche Stellen (Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst, Müllabfuhr) weitergegeben um über die geplanten Baumaßnahmen und den damit verbundenen Straßensperrungen sowie Beeinträchtigungen zu informieren.
6. Ihre Daten werden nach der Erhebung bei der Gemeinde Sauerlach so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gemäß dem Einheitsaktenplan für Kommunalverwaltungen für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Die Aufbewahrungsfrist beträgt nach Abschluss der Maßnahme 10 Jahre.
7. Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.